Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 32 (1952-1953)
Heft: 11

Artikel: Deutschlands Lage zwischen Ost und West
Autor: Fleischer, Otto H.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160096

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DEUTSCHLANDS LAGE ZWISCHEN OST UND WEST

VON OTTO H. FLEISCHER

Es mag einmal wahr gewesen sein, daß Deutschland «zwischen» Ost und West stand. Das ist heute nicht mehr der Fall. Osten und Westen sind heute etwas anderes als vor fünfzig Jahren, nicht mehr nur machtpolitische, sondern gesellschaftspolitische und ideologische Gegensätze. Deshalb kann man nicht mehr von einer Stellung Deutschlands «zwischen» Ost und West reden. Deutschland gehört eindeutig zum Westen. Niemand, außer einer verschwindenden Minderheit von Kommunisten, denkt im Ernst an eine Entscheidung für den Osten. Auch diejenigen in Deutschland, die gegen eine vorbehaltlose Orientierung nach Westen protestieren, sind deshalb doch nicht für eine Ostorientierung im Sinn einer Bolschewisierung des Landes; und auch die Verfechter eines Neutralismus wollen ein westlich, nicht ein östlich verfaßtes und beschaffenes Deutschland. Von einem «Zwischen» im Sinn einer Wahl zwischen zwei Möglichkeiten ist also nirgends die Rede. Deutschlands Westlichkeit ist unbestritten.

Trotzdem ist Deutschlands Zugehörigkeit zum Westen eine modifizierte, es nimmt innerhalb der westlichen Welt eine besondere Stellung ein, die anders ist als etwa die Frankreichs oder Englands. Einer der gewichtigsten Gründe für diese Besonderheit ist die Spaltung Deutschlands. Wenn heute im Westen von Deutschland die Rede ist, so ist immer die Bundesrepublik gemeint. Sie aber kann nicht mit der gleichen Unbeschwertheit im Westen stehen wie andere westliche Länder, weil die andere Hälfte des ganzen Deutschland im Osten steht, — zwar nicht innerlich, aber doch faktisch-äußerlich. Hierin liegt eine seelische Hemmung für das deutsche Westbekenntnis, die sich der Nichtdeutsche erst bewußt machen muß, weil er sie von Hause her so nicht kennt. Mit vollen Segeln im westlichen Winde fahren, das hieße irgendwie doch: die 18 Millionen Deutsche von

«drüben» innerlich abschreiben, wie das oft gebrauchte Wort lautet; es hieße, eine heute bestehende Trennung gleichsam innerlich als vollzogene Amputation hinzunehmen. Bei aller rationalen Einsicht in die vorläufige Unabwendbarkeit des gegenwärtigen Zustandes kann sich das halbe Deutschland, das Bundesrepublik heißt, doch nicht so frisch, fröhlich und frei als Teil des Westens fühlen, als ob es überhaupt kein anderes halbes Deutschland auf der Welt gäbe. Deutschlands politisches Lebensgefühl ist durch diese Gegebenheit entscheidend beeinflußt.

Sie spielt auch eine gewichtige Rolle in jenem für Deutschland ganz neuartigen Komplex der Abneigung oder Ablehnung gewisser evangelisch-kirchlicher Kreise dem Staat und der Regierung gegenüber. Die Zentralgestalt dieser Ablehnung ist der hessische Kirchenpräsident *Martin Niemöller*. Er ist zugleich Leiter des Außenamtes der evangelischen Kirchen in Deutschland und deshalb spielt seine Richtung in der Vorstellung im Ausland eine größere Rolle als sie sie im Inland tatsächlich hat. Man trifft immer wieder auf ausländische Besucher aus kirchlichen Kreisen, die sehr überrascht sind, zu hören, daß die Meinungen Niemöllers und der Seinen nur die Meinungen sehr begrenzter Kreise im deutschen Protestantismus sind und daß die große Mehrheit der evangelischen Deutschen durchaus anders denkt als Martin Niemöller und sein Kreis. Sie haben, gleichsam als Nonkonformisten und durch Niemöllers Namen und Persönlichkeit, auch ein Echo in der Öffentlichkeit, das stärker ist als ihre faktische Bedeutung in der Kirche.

Im übrigen ist es wichtig, zu sehen, daß die theologisch-christlichen Motive dieser Gruppe auch wieder nur für einen engeren Kreis in ihrem Inneren die bestimmenden Motive sind. Der äußere Kreis der weiteren Gefolgschaft ist von ganz andersartigen Motiven bestimmt. Da spielt vor allem die Angst vor einem neuen Kriege eine Rolle, die durch die naiv-unreflektierte Gleichsetzung Soldaten = Krieg beim Gedanken an einen deutschen Wehrbeitrag heraufgerufen wird, obgleich doch schon ein kurzes Nachdenken zeigen müßte, daß die Gleichsetzung keine Soldaten = kein Krieg bei der heutigen Lage der Dinge absurd ist. Auch das Erlebnis der Entmilitarisierung und moralischen Abwertung des Soldatenstandes nach 1945 fällt ins Gewicht, sowie das allgemeine Unbehagen im Bonner Staatswesen, dessen Bild für viele durch die restaurierten Parteien der versunkenen Zeit der Weimarer Republik bestimmt erscheint. Alle diese Elemente des Mißbehagens greifen in diesen Kreisen ineinander, wobei die theologisch-christlichen sicher nicht die bestimmenden sind. Wie steht es nun um diese Motive des inneren Kreises?

Eines von ihnen, wenn nicht das wichtigste, so doch ein sehr wirksames, ist ein gewisser antikatholischer Affekt. Niemöllers Wort

von der in Rom gezeugten Bundesrepublik spiegelt das deutlich wieder. Dabei spielt der Gedanke eine Rolle, daß sich durch den Verlust der mittel- und ostdeutschen protestantischen Gebiete die konfessionellen Gewichte in Deutschland verlagert haben. Der Katholizismus hat dabei gewonnen. Für ein Denken in konfessionellen Besitzständen und Machtpositionen ist das ein wichtiger Gesichtspunkt. Weite protestantische Kreise messen ihm Bedeutung zu. Hier liegt auch einer der Haupteinwände gegen den Bundeskanzler *Adenauer*. Man verdächtigt ihn einer geheimen Abneigung gegen die Wiedervereinigung Deutschlands, die das katholische Gewicht im Lande wieder verringern würde, und man wirft ihm die westliche Versteiftheit seiner Politik vor, die angeblich die Chancen eines Gespräches mit dem Osten vernachlässigt, wenn nicht gar verdorben hätte.

Daneben aber, oder vielmehr weit darüber, steht ein Zweites. Der deutsche Protestantismus steht in der Nachwirkung eines für ihn umwälzenden geschichtlichen Erlebnisses, nämlich des Erlebnisses der grundsätzlich bösen Obrigkeit. Seit der Reformation Luthers standen die evangelischen Kirchen Deutschlands auf dem Boden des landesherrlichen Summepiskopats. Trotz manchen kritischen Worten von der Kanzel zum Thron hinüber war der erste Vers des 13. Römerbriefkapitels vom gottgewollten Gehorsam gegen die Obrigkeit doch das unbestrittene Motto des evangelischen politischen und Staatsdenkens überhaupt. Auch die 15 Jahre der Weimarer Republik haben daran nichts Grundsätzliches geändert. Dann aber kam die Hitlerära und brachte schließlich die unleugbare Erfahrung, daß es grundsätzlich böse, verbrecherische Obrigkeit nicht nur theoretisch irgendwo weit weg geben kann, sondern faktisch im eigenen Lande gab! Jetzt war auf einmal nicht mehr das seit Jahrhunderten bei aller Kritik im einzelnen doch grundsätzlich gewohnte Ja, sondern ein radikales Nein zur Obrigkeit gefordert! Das war ein im Tiefsten erschütterndes und umwälzendes Erlebnis für den deutschen Protestantismus. In seiner Nachwirkung hat sich eine Bereitschaft zum Mißtrauen, zu grundsätzlich kritischer, ja ablehnender Haltung gegenüber dem Staat und der Staatlichkeit eingestellt, wie sie vorher 400 Jahre lang ganz unbekannt gewesen war. Es ist sicher kein Zufall, daß bei alledem Kräfte und Impulse aus dem reformierten Lager in der Nachfolge *Karl Barths* besonders wirksam geworden sind, nachdem sozusagen die Naivität zerstört war, mit der früher das Lutherbild neben dem Bilde des Landesherrn über deutschen Pastorenschreibtischen hängen konnte. Heute ist es jedenfalls so, daß ein Nein zu Regierung und Staat in weiten evangelischen Kreisen als christlich ernster (und in manchen auch als smarter und fescher!) gilt als ein Ja. Hier gehen ernstzunehmende Motive mit

ziemlich albernen reichlich durcheinander. Unseriöses und affektiertes Kokettieren mit dem als Bürgerschreck benützten Bolschewismus soll der Welt die Unbefangenheit und Originalität christlicher Pastoren vordemonstrieren, soll ihr zeigen, daß diese Pastoren keineswegs kleinbürgerlich, sondern aufregend vorurteilslos sind. Neben diesem völlig augenscheinlichen Abreagieren von Minderwertigkeitskomplexen stehen auch ernstere Motive, unter ihnen vor allem die Bedenken gegen eine Rückkehr der Kräfte in Deutschland, die damals das nationalsozialistische Regime gestützt und mitgetragen und bis heute nichts dazugelernt haben und die nun, sich bestätigt fühlend, wieder Oberwasser bekommen könnten, — gewichtige Gesichtspunkte also, die man durchaus nicht ganz leicht nehmen darf.

Und noch ein Drittes kommt dazu. Das ist die vielleicht erst jetzt breitere Kreise ergreifende Reaktion auf den sogenannten «Kulturprotestantismus». Die naiv-zuversichtliche Zusammenschau von evangelischem Christentum und humaner Kulturbewegung, die für das 19. Jahrhundert weithin bezeichnend war, war ja schon durch das Erlebnis des ersten Weltkrieges und durch die Erweckungsbewegung der dialektischen Theologie erschüttert worden. Heute ist die Bereitschaft zur Mißachtung aller kulturellen, aller «irdischen» Werte, die Bereitschaft zu einem wahrhaft erschreckenden Relativismus in evangelischen Kreisen verbreitet, der überhaupt keine Unterschiede zwischen Wert und Unwert mehr anerkennen möchte und der die Welt gleichsam überhaupt für die Nacht hält, in der alle Katzen grau sind. Daß etwa die Freiheit, seine Meinung offen äußern zu dürfen, die Freiheit, ohne Angst vor dem Staate zu leben, die Achtung des Staates vor den Gesetzen und dem Recht gute Gaben Gottes sind, die man dankbar anerkennen, schützen und verteidigen sollte, das wird zwar nicht geradezu bestritten, aber doch weithin nur mit einem müden Achselzucken anerkannt. Von hier aus kommt es dann leicht zu einer pseudotheologisch verbrämten, grob unordentlichen Bagatellisierung wesentlichster Wertunterschiede. Osten und Westen werden da als gleich gut und gleich schlecht nebeneinandergestellt, wenn nicht gar aus einer affektierten «Unbürgerlichkeit» heraus, und allen bekannten Tatsachen zum Trotz, die revolutionäre Zukunftsdynamik des Ostens der faulen bürgerlichen Sattheit des Westens bewundernd gegenübergestellt wird. Im ganzen bleibt indes dieser sittlich unernste grobe Unfug doch auf bestimmte intellektuelle Kreise in der Kirche beschränkt.

Zur Erhöhung der so erzielten Begriffsverwirrung trägt dann schließlich noch das bei, was man das Kreuzzugsgespenst nennen könnte. Es hat zwar niemals irgendeine verantwortliche Instanz den Gedanken an einen christlichen Kreuzzug gegen den gottlosen Bolschewismus ventiliert. Als Bürgerschreck aber spielt er trotzdem

seine Rolle, weil zwei Dinge unentwegt durcheinandergemischt werden, die sauber getrennt werden müßten.

Das eine ist das Christentum als Glaubensverhalten, als Gottesbeziehung, als die Freiheit über aller Vernunft, die auch in den Kellern der Lubjanka unzerstörbar bleibt. Das ist die Gliedschaft des Gläubigen in der unsichtbaren Kirche, welche die Pforten der Hölle nicht überwinden können. Ein ganz anderes aber ist die Summe jener irdischen Werte, die auf dem Boden des christlichen Verständnisses vom Menschen, auf dem abendländischen Boden also und sonst nirgendwo in der Welt gewachsen sind: der Rechtsstaat, die Wahrung von Recht und Würde des Einzelmenschen, der Respekt vor seiner Unantastbarkeit. Das, und nicht die Glaubenswirklichkeit steht heute zwischen Osten und Westen zur Debatte: nicht um Verteidigung des Glaubens, sondern um den Schutz der aus diesem Glauben gewachsenen irdischen Werte geht es. Würde hier sauber unterschieden, so hörte vielleicht auch das theologische Lamento über die unstatthafte Politisierung des Geheimnisses des Gottesreiches endlich einmal auf, von der ohnehin unter Menschen und Christen nie die Rede gewesen ist, die das klare Denken nicht völlig verlernt haben.

Alles dies zusammengenommen ist nun auch etwa die Summe der Antriebe, die hinter der neugegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei von Dr. *Heinemann* und Frau *Wessel* stehen, in der das jetzt politische Aktion zu werden beginnt: Ablehnung des Bonner Westkurses und besonders der deutschen Integration, sowie der Traum von einer deutschen Neutralität als Dauerurlaub von der Weltgeschichte. Wie groß die Chancen dieser Partei sind, ist schwer zu sagen, weil niemand weiß, wie weit ihr negatives Ansprechen des politischen Unbehagens im Bonner Deutschland, der Illusionen über den Kreml und des protestantischen Mißmutes über die CDU zahlenmäßigen Erfolg haben wird. Immerhin kann aber schon ein geringfügiger Erfolg folgenschwere Gewichtsverlagerungen nach sich ziehen.

Trotz alledem scheint sich die Einsicht in die Wirklichkeit der heutigen Lage durchzusetzen, die Einsicht nämlich, daß der Konflikt unseres Jahrhunderts kein nationalstaatlich-machtpolitischer im Stil des 19. Jahrhunderts mehr ist, sondern ein umfassend gesellschaftspolitischer und postchristlich-ideologischer Weltkonflikt, an dem niemand mehr unbeteiligt bleibt und in dem man deshalb auch nicht mehr «neutral» sein kann. Dem «neuen Menschen» des Ostens, der auf einer zugleich modern-marxistischen und uralt östlich-despotischen Geistesgrundlage entsteht, steht der neue Mensch des Westens gegenüber, der den modernen, rational-zweckhaften und technischen Geist verkörpert, wobei um die Erhaltung des abendländischen Erbes und Menschenbildes ernstlich und ehrlich gerungen wird. Daß das der Punkt ist, auf den es ankommt und der letztlich entscheidend ist,

— diese Einsicht ist, wie unartikuliert auch immer, in der Tiefe doch überall vorhanden. Die beschriebenen Gedanken- und Gefühlskomplexe sind zum guten Teil noch gleichsam traumatische Nachwirkungen der doch eben erst überstandenen furchtbaren inneren und äußeren deutschen Existenzkrise. Man darf darauf vertrauen, daß sie keine ernstliche Unzuverlässigkeit der deutschen Partnerschaft in dem langsam und unter schweren Geburtskrisen heraufziehenden Weltabendland zu bedeuten haben.

SCHICKSALE UND WANDLUNGEN EINES WELTBLATTES

VON ERICH EYCK

Die *History of the Times* hat mit dem vierten Bande ihren würdigen Abschluß gefunden. Obwohl der Zeitabschnitt, der hier behandelt wird, kaum mehr als drei Jahrzehnte umfaßt, war der Stoff so umfangreich, daß dieser Schlußband in zwei Halbbände (von insgesamt 1180 Seiten) geteilt werden mußte. Die Anonymität, die zu den hartnäckig festgehaltenen Traditionen der Zeitung gehört, erstreckt sich auch auf den Namen des Herausgebers und der Mitarbeiter dieses Werkes. Doch weiß man, daß das hauptsächliche Verdienst an seinem Zustandekommen *Stanley Morison* gebührt, dem man nicht nur für die Fülle der Information zu danken hat, sondern auch für die Unabhängigkeit des Urteils, mit der hier die Politik der «Times» selbst kritisiert wird.

Der dritte Band des Werkes, der in der Julinummer 1948 dieser Zeitschrift besprochen worden war, hatte die Erzählung fortgeführt bis zu dem Jahre 1912, in welchem der neue Eigentümer der Zeitung, Lord Northcliffe, seinen Willen durch die Entlassung des bisherigen Chefredakteurs Buckle zur Geltung gebracht hatte. Northcliffe ist es auch, der im ersten Teil des neuen Bandes im Vordergrund steht. Sein Tod am 14. August 1922 im Alter von 57 Jahren bildet einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Zeitung. Denn er war weit mehr als nur ein Verleger; er wird hier der «erfahrenste Journalist